

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin über bei drei- bis vierwöchiger Vorbestellung monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Freitrag 3.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postwertsteuern für 1919 eingetragene Zeitung.

Inhalt: Die achtzigste Kompartimentsliste oder deren Raum 1,20 M., Wohnungsanzeigen des Freitagabend 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf., Leertagesanzeigen 20 Pf., Bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Insetrate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Neue Verwicklungen im Osten.

## Ein neuer Brandherd.

Wir wiesen bereits in unserer Sonntags-Ausgabe darauf hin, daß die blutigen Wirren in Kurland auch nach Litauen übergreifen, wo deutsche Truppen eine Operationsbasis zu unbekanntem Zweck begründen. Die litauische Regierung hat bereits bei der Entente gegen das Vorgehen der deutschen Truppen protestiert. Wir erhalten über diese Vorgänge von litauischer Seite folgenden Bericht:

Die durch die Presse verbreiteten Nachrichten über die Abkündigung Litauens von den deutschen Truppen sind durch und durch unwahr und dienen nur dem Zweck, die Oeffentlichkeit irreführen. In Wirklichkeit findet dort, wie in der litauischen Presse festgestellt wird, lediglich eine Umgruppierung der Truppen statt. Die deutschen Formationen werden aus dem Bezirk Wilkowsk—Seim zurückgezogen und nach dem nördlichen Teil Litauens geschickt. Dort tritt als Führer der deutschen Kontingente Oberst Birgolitsh auf, der Anfang August den Bezirk Aurschany—Schaunen besetzt und die Aufstellung „russischer“ Truppenformationen begonnen hat, die aus 99 Soldaten von 100 kein Wort Russisch verstehen. Diese „russischen“ Truppenteile erhalten Wohnung, Bekleidungsgegenstände, Ausdrückung usw. unmittelbar vom Grafen Goltz, den sie — wie sie das offen als Antwort auf eine Protestnote der litauischen Regierung erklärt haben — als ihren direkten Vorgesetzten betrachten. Daß dies alles ohne Wissen der deutschen Regierung geschehen sei, ist unabweisbar. Jedenfalls sind alle diese Vorgänge den deutschen Regierungsvertretern in Litauen bekannt, diese haben aber nicht das geringste gegen die Aufstellung der als „Russen“ verkleideten deutschen Truppen in Nordlitauen unternommen.

Die Truppen des Obersten Birgolitsh sandten am 12. August unter Führung des Generals Bogdanowitsch eine „Delegation“ nach Kovno, um mit der litauischen Regierung „Frieden zu schließen“ und die Erlaubnis zur Aufstellung einer russischen Armee in Litauen zu erlangen. Die litauische Regierung lehnte diese Sumation der verbündeten deutsch-russischen Kontingente selbstverständlich ab und verlangte die Räumung des von ihnen besetzten Gebietes. Diese Forderung wurde nicht erfüllt, vielmehr begannen die Truppen des Obersten Birgolitsh in verächtlicher Weise gegen die Bevölkerung zu wüten. Sie plünderten die Einwohner, unternahmen widerrechtlich Requisitionen und verübten arbeiterfeindliche Mordtaten, nachdem sie vorher die Bevölkerung zwingen, die anliegenden Dörfer zu räumen. Da sie die Macht der Lokalschergen nicht anerkennen, beschwären sie tagtäglich blutige Zusammenstöße heraus. Die gemeinigte Bevölkerung hat schließlich den Vorschlag über diese Truppen gemacht, sie zu verkaufen und beginnt, sich gegen die Willkür dieser Landknechte zu bewaffnen.

Die litauische Presse berichtet täglich über Zusammenstöße zwischen den deutsch-russischen Kontingenten und der litauischen Bevölkerung, die sich gegen die immer frecher werdenden Übergriffe der Landknechte erhebt. Wenn diese Truppen nicht sofort zurückgezogen werden, sind auch in Litauen die schlimmsten Komplikationen zu erwarten.

Zuletzt unser Gewährsmann, dessen Ausführungen sich auf zahlreiche Berichte der litauischen Presse und amtliche Proteste der litauischen Regierung stützen. Sie bestätigen vollkommen die Befürchtungen, die wir mehrfach ausgesprochen haben: daß nach dem Konflikt mit Lettland nun auch ein Konflikt mit Litauen heraufbeschworen wird, der die Interessen Deutschlands auf das schwerste zu gefährden droht. Die Anlage des ganzen militärischen Unternehmens in Litauen weist darauf hin, daß die deutsche Regierung auch hier den Boden für die russischen Weissen Garden bereitet hat. An der Spitze des Unternehmens steht die unheilvolle Gestalt des Grafen v. d. Goltz, dessen Befehlen nicht nur die Truppen in Kurland, sondern auch die deutsch-russischen Truppenteile in Nordlitauen unterstellt sind. Daß nach seiner verbrecherischen Handlungen gegen das deutsche Volk nicht mit jedem Tage immer mehr an. Wie lange wird die deutsche Regierung dulden, daß dieser Mann, im Dienste der deutsch-russischen

ischen Gegenrevolution, das deutsche Volk in unabsehbare Gefahren stürzt?

## Ein durchsichtiges Manöver.

Wolffs Bureau verbreitet folgende Meldung:

Mitau, 31. August.

Die Lage an der estnisch-lettischen Front bei Rielau ist äußerst bedrohlich. Der Frontdurchbruch der Bolschewisten ist vollständig gelungen. Die lettische Regierung befördert lettische Landwehrtruppen an die Front. — Nach Abtransport der lettischen Landwehrtruppen stehen der lettischen Regierung in Kurland keine nennenswerten Truppen mehr zur Verfügung. Es sind drückende Zustände von Bolschewisten in den von den deutschen Truppen geräumten Gebieten ausgebrochen. — Russische, lettische und baltische Zeitungen beurteilen die Lage sehr ernst. Die Stimmen, die deutsche Unterstützung fordern, mehren sich ständig.

Der letzte Satz der sichtlich inspirierten Meldung läßt deutlich die Tendenz erkennen, die sie verfolgt. Es soll der Ansicht erweckt werden, als sei die Abwesenheit der deutschen Landknechte in Kurland unentscheidlich, um den neuen Vorstoß der bolschewistischen Truppen bei Pskow abzuwehren. Schon nach den ersten Meldungen über die Niederlage der Weissen Gardes bei Pskow konnte man erwarten, daß die deutschen Truppenführer in Kurland, ebenso wie das mehrfach in Estland geschah, diesen Vorgang ausnützen würden, um ihre Unentbehrlichkeit zum „Schutz der örtlichen Bevölkerung“ nachzuweisen. Nachdem sie durch ihre vorhergehenden Maßnahmen die Mobilisierung der lettischen Armee verhindert bzw. gehemmt haben, treten sie nun als „Retter“ des Baltenslandes auf, selbstverständlich mit dem Hintergedanken, daß die lettische Regierung nun vor ihren Forderungen kapitulieren müsse. Dieses Manöver ist zu durchsichtig, als daß es jemand irreführen könnte. Es ist noch wie vor zu verlangen, daß die deutschen Truppen in Erfüllung der Bedingungen des Friedensvertrages Kurland und Litauen räumen und den Schutz dieser Gebiete vor den bolschewistischen Truppen den örtlichen Streitkräften überlassen.

## Der bevorstehende Kabinettswechsel in Ungarn.

H. N. Wien, 1. September.

Aus Budapest wird gemeldet: Das Kabinetts Friedrich befindet sich in kritischer Lage. Die Entente-Mission haben den Ministerpräsidenten Friedrich nicht im Unklaren darüber gelassen, daß sie ihm die Anerkennung verweigern werden. Der gegenwärtige Handelsminister Heinrich hat mit den in Betracht kommenden Politikern verhandelt und ist ziemlich die Voraussetzungen für die Bildung eines neuen Kabinetts unter seiner Leitung geschaffen. Man glaubt, daß noch im Laufe dieser Woche der Kabinettswechsel in Ungarn sich vollziehen wird.

## Die Vereinigung Deutschösterreichs mit Deutschland.

H. N. Wien, 1. September.

Aus Wien wird gemeldet: Der Oberste Rat in Paris hat beschlossen, in den Friedensvertrag für Deutschösterreich eine neue Klausel einzufügen, nach der sich Deutschösterreich nicht ohne Genehmigung des Völkerbundes mit Deutschland vereinen darf. Es darf auch keine verlässliche Handlung ausführen, die seine Selbständigkeit bedroht. Im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschösterreich und den anderen Staaten der ehemaligen Monarchie sind als Schlichter die Alliierten bis zur Bildung des Völkerbundes zuständig.

## Ein deutscher Flieger in Holland gelandet.

H. N. Haag, 1. September.

Gestern morgen ist in der Nähe von Utrecht ein Albatros-Doppeldecker, der um 5 Uhr morgens in Hannover abgegangen war, gelandet. Infolge der Schwere der Maschine wurde der Pilot, Hauptmann v. Voigt, blies unverletzt. Leider wird uns nicht mitgeteilt, welche Mission der Herr Hauptmann in Holland zu erfüllen hat. Es wäre doch sehr wünschenswert zu wissen, was auf diesem Wege alles ins Ausland geschafft wird und sonst alles vorbereitet wird.

## Zoch gegen Ludendorff.

Zur gleichen Zeit, in der Ludendorff durch seine Kriegserinnerungen versucht, die Hauptschuld an dem Zusammenbruch Deutschlands dem Stimmungsumschwung in der Heimat und seiner Einwirkung auf die moralische Widerstandskraft des Heeres zuzuschreiben, hat das französische Große Hauptquartier eine Denkschrift herausgegeben, die diese Legende völlig zerstört und den Nachweis erbringt, daß das deutsche Heer, dessen innerer Zusammenbruch sich entgegen der Behauptung Ludendorffs schon in den Niederlagen bei Reims zeigte, bei Abschluß des Waffenstillstandes vor dem größten militärischen Zusammenbruch der Weltgeschichte stand und nur durch den Waffenstillstand gerettet wurde. Wenn Ludendorff, wie er in seiner Schrift sagt, noch Mitte und Ende Oktober an die Möglichkeit eines günstigen Ausgangs und des „Soldatenglücks“ geglaubt hat und deshalb eine Volkserhebung inszenieren wollte, so zeugt das, von allem anderen abgesehen, von einer für einen Feldherrn verbrecherischen Unkenntnis des eigenen Kräftezerfalls.

Als am 15. Juli das deutsche Heer beiderseits Reims zum entscheidenden Angriff ansetzte, war die feindliche Heeresleitung über die deutschen Pläne und Stärkeverhältnisse ebenso gut unterrichtet wie die D. S. L. und es gelang ihr daher, schon am 17. Juli das deutsche Vorgehen nach einigen nur unter schwersten Verlusten errungenen lokalen taktischen Erfolgen vollständig aufzuhalten. Von diesem Augenblick an besaßen die Alliierten das absolute Übergewicht, und ihre Arbeit ging darauf hinaus, das deutsche Heer durch dauernde Angriffe mehr und mehr zu erschüttern und zu vertreiben, bis endlich am 26. September die Generaloffensive einbrach. Schon bis dahin hatte die deutsche Armee fast das ganze im Jahre 1918 eroberte Gebiet aufgeben müssen und war, wie aus einer in der Denkschrift veröffentlichten deutschen Urkunde klar hervorgeht, schon am 20. August zu einer Gegenoffensive nicht mehr fähig. Am 26. September hatte das deutsche Heer nur noch 21 frische Divisionen gegenüber 43 am 15. Juli in Reserve und mußte trotz einer Frontverlängerung von nahezu 200 Kilometern noch dieselbe Zahl von Divisionen einsetzen, weil sie schwächer und von geringerem Kampfwert waren. Selbst dieser Stand konnte nur durch Auflösung von 16 Divisionen, durch Herabsetzung der Bataillone von vier auf drei Kompanien (nach der Ludendorffschen Denkschrift teilweise auf zwei Kompanien) und Heranziehung vieler zur Munitionserzeugung dringender Reklamierter erreicht werden. So kam es, daß das Oberkommando der Alliierten seit Ende August zu der klaren Einsicht kommen konnte, daß ein allgemeiner Zusammenbruch der erschöpften deutschen Armee herbeiführen werde.

Nachdem in der Denkschrift die militärische Entwicklung der letzten Kriegsmomente schildert, heißt es:

„Aus diesem kurzen Ueberblick über die Offensivschritte der Alliierten geht unbestreitbar hervor, daß die vergebliche Lage, in die unsere Feinde versetzt waren, das Werk der alliierten Oberkommandos war, welches ohne Unterlaß dem Feind Schläge versetzt hat, ihm eine immer größer werdende und nicht mehr gutzumachende Abnutzung beigebracht hat, die einem Angriff vorangingen, der ihn endgültig vernichten mußte.“

Wie stark diese Abnutzung war, läßt eine in der Denkschrift gemachte Uebersicht über den Stand der deutschen Reserven, den Wert der Divisionen in bezug auf Stärke, Material und geistige Verfassung deutlich erkennen. Zunächst wird gezeigt, wie die Zahl der in Reserve befindlichen deutschen Truppen trotz des Einsatzes auch kampfunfähiger Formationen während des Rückzuges von 40 bis 50 Prozent auf 11 Prozent zurückging, wie die Geschützstärke der einzelnen Kompanien, trotzdem die Gesamtstärke um 23 Divisionen vermindert wurde und fast die Hälfte aller Bataillone Kompanien zusammenlegten, von durchschnittlich 120 Mann am 15. Juli auf 50 Mann beim Abschluß des Waffenstillstandes zurückgegangen war, so daß die Stärke der auf der Westfront kämpfenden Infanterietruppen auf die Hälfte ihrer Stärke am 15. Juli veranschlagt wurde.

Besonders interessant sind die in der Denkschrift an



Sind ausgezeichneten Materials gemachten Ausführungen über den physischen und moralischen Kräfteverfall der deutschen Truppen:

Die ganze deutsche Armee hatte eine kolossale nervöse und körperliche Anstrengung durchzu machen, neben welcher die März-, April-, Mai- und Juni-Offensive reines Kinderpiel gewesen waren. 60 Prozent der Divisionen sind ununterbrochen während der Monate September und Oktober in Stellung geblieben, die andern haben 20 bis 30 Tage unangeseht gelämpft. Am 10. November hingegen standen sämtliche kampffähigen Divisionen im Gefecht oder sie waren kaum zurückgezogen worden. Alle waren mehrere Male eingesetzt worden. Schließlich blieben also keine frischen Reserven übrig.

Zu gleicher Zeit hatte der Feind mit der Initiative der Operationen am 18. Juli auch den Vorteil verloren, nach eigenem Willen den Abzugslampf zu leiten. Von diesem Zeitpunkt an hatte das Oberkommando der Alliierten die Versicherung, den Abzugslampf mit amerikanischer Hilfe weiterführen zu können; es nötigte die Deutschen, sich demselben ohne Unterbrechung zu fügen. Dies alles hätte genügt, den Alliierten den Sieg zu sichern.

Dann widerlegt die Denkschrift die Behauptung Ludendorffs und seiner Anhänger, der moralische Zusammenbruch des Heeres sei auf „Wählerereien“ der U. S. P. D. zurückzuführen.

Die moralischen Kräfte waren nicht weniger tief gesunken als die physischen. Die Ursachen dieser Entkräftung lagen nämlich zu tief. Die erste war das Scheitern der Julioffensive. Am 15. Juli schenkte er (der deutsche Soldat) seinen Führern noch Vertrauen, er war zur letzten Anstrengung bereit, obwohl ihm die Müdigkeit schon erreichte. Aber in der Champagne und auf der Marne bleibt sogar der Anfangsieg aus. — Das war der Beginn des Wankens der Gesinnung im deutschen Heere; der Soldat und selbst der Offizier fingen an zu zweifeln. Die französische Gegenoffensive am 18. Juli und dann die nachfolgenden Offensiven der Alliierten im August und September vervollständigten nach und nach das Werk, welches mit der Niederlage vom 16. Juli begonnen hat. Die Anstrengung eines ununterbrochenen Kampfes, der Mangel an Ruhe in einem ruhigen Abschnitt oder hinter der Front, die ungenügende Ernährung, die Grippe, trafen, indem sie die körperlichen Kräfte heruntersetzten, auch den Geist der kämpfenden Truppen. Die eifrige, von den Alliierten durch Aufrufe, Flugblätter, Flugchriften usw. in den feindlichen Stellen betriebene Propaganda verschärfte die Demoralisation.

Das Verlangen nach Sieg um des Friedens willen erzeugte nach und nach das Verlangen nach Frieden um jeden Preis. Zuerst das Versagen einzelner, dann das Versagen ganzer Verbände kam immer häufiger vor. Die geistigen Triebfedern waren am Vorabend des Waffenstillstandes also gebrochen.

Ueber die Materialbeschaffung für die deutsche Armee, deren kritische Lage auch Ludendorff anerkennen mußte, äußert sich die Denkschrift folgendermaßen:

Die Lage der deutschen Artillerie am 10. November kann kurz folgendermaßen zusammengefaßt werden: Verminderung um ein Drittel des am 16. Juli in Dienst befindlichen Materials, Schwierigkeiten für die Reparatur und Materialersatz, Verminderung der Bedienungsmannschaft, Mangel an Spannung.

Dann spricht die Denkschrift von den Aussichten der deutschen Heeresleitung auf Wiedergewinnung der Mandrierfreiheit und auf einen Rückzug an die Ostgrenze Belgiens, und kommt dabei zu dem Schluß, daß die D. S. U. um Waffenstillstand gebeten habe, weil sie den unabwendbaren militärischen Zusammenbruch klar vor Augen hatte.

Von der Lage im Innern Deutschlands sagt das französische Oberkommando, daß die ungeheuren materiellen Entbehrungen und seelischen Leiden im Volke zunächst Gleichgültigkeit und stumpfe Ergebung, dann ein gieriges Verlangen nach Frieden erzeugte:

„Während vier Jahren hatte es zu sehr gelitten, und seine

Kräfte waren jetzt zu sehr erschöpft, um zu weiteren Opfer einwilligen zu können. Die Demoralisation war um so vollständiger, als die Hoffnung weittragend und lange Zeit sorgfältig unterhalten worden war. Das Publikum fragte nicht mehr nach den genauen Statistiken des Generalstabes, ihm genügt es, um sich über die Wirklichkeit klar zu werden, die vielfachenden von der Entente veröffentlichten Listen der Gefangenen und des erbeuteten Materials, deren Wahrheit kein Mensch mehr anzweifelte. Deutschland hatte jetzt das klare Gefühl, daß das Spiel unüberwundlich verloren war. Wenn die D. S. U. versucht hätte, den Kampf aufs äußerste weiterzuführen, so hätte sie auf ihrer Seite weder das Volk noch seine Führer gefunden.“

Am 11. November die deutsche Regierung den Waffenstillstand unterzeichnet hat, hat sie . . . . damit zugegeben, daß ihre Armeen unfähig waren, den Kampf fortzusetzen. An diesem Tage hat Deutschland wirklich kapituliert.“

Wir machen uns selbstverständlich den politischen Standpunkt der französischen Denkschrift nicht zu eigen, deren Verfasser ebenso wie Ludendorff und Konforten auf dem Boden des Nationalismus und Militarismus stehen. Aber die genauen Angaben über die wirkliche militärische Lage während der letzten Kriegsmomente sind eine gute Widerlegung der Ludendorffschen Memoiren, soweit in ihnen die Möglichkeit eines weiteren erfolgreichen Kampfes behauptet und versucht wird, die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs der Revolution zuzuschreiben.

In Wirklichkeit erzeugte nicht der revolutionäre Einfluß die schwindende Kampfkraft des Heeres und damit den Zusammenbruch an der Front, sondern das verbrecherische Sabotagepiel der deutschen Heerführer, die militärischen Erfolge der Entente und die unerträglichen Entbehrungen und Leiden in Deutschland führten die Niederlage herbei.

Diese Erkenntnis wird durch die Angaben der französischen Denkschrift in allen Einzelheiten bestätigt. Gerade die Einsicht von der Aussichtslosigkeit eines weiteren Kampfes trug mehr als alles andere zum Verlassen der Widerstandskraft und damit zum Ausbruch der Revolution bei. Und kein Versuch Ludendorffs, die Schuld an der Niederlage den inneren Verhältnissen anzuschreiben, seine Behauptung nationalstiller Geheimnisse, daß die Heimat den Fronttruppen in den Rücken gefallen sei, kann die Tatsache widerlegen, daß schon fünf Monate vor Ausbruch der Revolution die militärische Niederlage Deutschlands besiegelt war.

### Politische Junktur.

Es ist zweifellos — schreibt der „Vorwärts“ —, daß Herr v. d. Goltz im Palastum eine Politik auf eigene Faust betreibt, die für Deutschland und die Truppen sehr verhängnisvoll werden wird. Die leitende Regierung verhandelt mit Recht das Unternehmen für einen Angriff auf die demokratische Republik unter der Flagge deutsch-russischer Reaktion. Der Minister des Auswärtigen Hermann Müller habe sich bereits energisch gegen das Treiben des Grafen v. d. Goltz gewendet; aber hier helfe nicht mehr Rundspitzen, es müsse gewisse werden.

Sie könnte man nun erwarten, daß der „Vorwärts“ nach diesem Anlauf mindestens den Mut finden würde, die Konsequenzen aus allen seinen gegen die baltischen Verschwörer vorgebrachten Anklagen zu ziehen. Aber weit gefehlt! Seine Forderung, daß Goltz zur Rechenschaft zu ziehen sei, schwächt er sofort durch den Nachsatz ab: zum mindesten müßten „unzweideutige Erklärungen“ vom Grafen Goltz darüber gefordert werden, „ob er augenblicklich den Befehlen der Regierung im Interesse der Durchführung der Friedensbedingungen Folge zu leisten gedankt, will er nicht, daß mit allen Mitteln gegen ihn vorgegangen wird“. Graf v. d. Goltz wird sicherlich über diese fürchterliche Drohung so erdreißt sein, daß er sofort zu Kreuze kriechen

und die geforderten Erklärungen abgeben wird. Er wird zweifellos in den nächsten Tagen durch eine offizielle Beruhigungsnote, in der die vollste Loyalität des Grafen Goltz versichert werden wird, aller Sorgen über das baltische Abenteuer enthoben werden. In Kurland und in Litauen jedoch werden die aufständigen deutschen Landknechte unter der glorreichen Führung des Grafen Goltz weiter im Unverstand treiben und die klümmsten Komplikationen im Osten heraufbeschwören.

### Neue Werbungen für die Weiße Armee.

Am 9. August hat die Luzerner Konferenz im Beisein der deutschen Rechtssozialisten einstimmig eine Resolution angenommen, in der von den sozialistischen Vertretern Deutschlands und der Entente dringend verlangt wird, auf ihre Regierungen dahin zu wirken, daß keine neuen Werbungen und Truppentransporte für irgendwelche Formationen im Osten vorgenommen werden. Trotzdem mußte die „Freiheit“ immer wieder auf den wachsenden Umsturz der Verbündeten hinweisen, die von russischen Konterrevolutionären in Berlin unter Duldung der deutschen Behörden getrieben werden. Hand in Hand mit reichsdeutschen Militäristen und einzelnen Offizieren werden heute noch Saboteure unter allerlei Versprechungen und Voripiegelungen nach dem Osten gelockt und ungeheure Mengen von deutschem Heeresgut der russischen Weißen Armee in die Hände gespielt. Trotzdem hat die Regierung noch immer nichts unternommen, um diesen staatsgefährlichen Aktivitäten ein Ende zu bereiten, den Reichswehrminister zu unterbinden und weitere Verluste nderungen deutschen Staatseigentums unmöglich zu machen.

So stand am letzten Sonnabend in Lemuelhof ein Transport von 120 Ad n, der Fliegerbomben, Minen, Feldausrüstungen, Signal- und Telephongeräte usw. enthielt. Der Zug sollte, wie wir bestimmt wissen, am gleichen Tage nach dem Osten fahren. Er war für die Reichswehrministerialverwaltung v. D. bestimmt, die zur Eisernen Division gehört.

Ebenso leidet die russische Werbestelle in Berlin unter der Tätigkeit mancher dort. Die Werbestelle am Kaiserhof 29 ist zwar aufgelöst, dafür ist wenige Meilen weiter am Nordbahnhof eine neue Zweigstelle aufgemacht worden, wo das schon von früher bekannte Bureau am Hotel Magdeburg, mit den Offizieren Baron Kolden, Kapitän Keroschin und Leutnant Bolid an der Spitze, Deutsche und Russen zur Weissen Armee anwirbt. Und daß deutsche Dienststellen an diesen Maßnahmen aktiv beteiligt sind, zeigt die Tatsache, daß die Angeworbenen auf weite mit der Unterzeichnung des Herin Lettmann von der eben genannten Werbestelle des Generalbevollmächtigten für die baltischen Lande jetzt Werbestelle K. u. Nord erhalten. Die Angeworbenen werden dann zum Teil zur Kommunikation von neuen Formationen in die Ucker und Pommern und Brandenburg geschickt, andere, die als Offiziere unverlässig erscheinen, erhalten direkte Fahrtausweise nach Ostland Litauen.

Ein anderes Werbestureau ist von dem ehemaligen österreichischen Major Graf Hermann an der Reithstraße 21 aufgemacht worden, wo den Angeworbenen vorgeschrieben wird, sie würden deutschen Truppen anzuwerben. Sie erhalten einen dreimonatigen Aufenthalt nach Litauen, mit der Bemerkung: „Dienlich zu den Werbestellen des Reichs“. Außerdem verleiht er in der Werbestelle befindliche Offiziere, so ein Leutnant Prall, Reibel an die Angeworbenen, mit denen sie sich den Vertretern der Offiziere in Litauen wecheln. Die Angeworbenen einer besonderen Truppe werden sollen. Einige Soldaten, die daraufhin nach Litauen fahren, werden von dem Reichswehrminister zurückgewiesen, die Normen überhaupt nicht beauftragt. Die Werbungen vorzunehmen. Der Vertreter Oberleutnant Prall, an den sie sich daraufhin wenden, wollte sie für die russische Weiße Armee festhalten und gab ihnen einen Dienstvertrag, nach dem sie sich verpflichteten, ein Jahr bei der Truppe zu bleiben, wenn die Weiße

### Erziehung und Klassenkampf.

Von Jakob Metz.

Im Bürgerertum hat es schon vor dem Anzuge der Krise gegeben, die moderne Erziehungsformen anzustreben. Jede Gesellschaftsklasse ist differenziert und kann verschiedene Richtungen in sich vereinigen. Zudem ist die heranbildung hochqualifizierter Menschen ein Bedürfnis der industriellen Entwicklung geworden; daher konnten sich Reformbestrebungen soweit durchsetzen, daß eine Anzahl tüchtiger Hochschulen herangebildet wurde. Der Großbetrieb brauchte Menschen, bei denen es nicht allein auf die spezielle Fachbildung ankam, sondern auch auf organisatorische Fähigkeiten. Darum haben Reformen Anerkennung gefunden, die man heute als Erziehungsreform betrachtet, zum Beispiel Wanderverschule mit Selbstregierung der Kinder und ähnliches. Es ist die „Kunst der Verhältnisse“, die zu einer bestimmten Zeit die Durchführung einer neuen Idee ermöglicht. Das sich im Wirtschaftlichen geltend machende Bedürfnis trifft auch mit den Bestrebungen der Arbeiter zusammen. Unser Ziel ist der vielseitig entwickelte Mensch. Von jeher haben wir gefordert, allen Menschen die größten Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Wir erkennen aber auch, daß es nicht die Einsicht in die Vorzüglichkeit neuer Erziehungsmethoden ist, die uns diesen Anstoß verschafft, sondern daß die heutige Produktionsform die Notwendigkeit in sich trägt, Menschen mit den denkbar höchsten Fähigkeiten in ihren Dienst zu stellen in derselben Weise, wie sie ihre Maschinen immer mehr zu vervollkommen bestrebt sein muß.

Aus dem Babelsystem, wie man im Detail bei A. Owen nachlesen kann, entsproh der Keim der Erziehung der Zukunft, welche für alle Kinder über einem gewissen Alter produktive Arbeit mit Unterricht und Gymnastik verbinden wird, nicht nur als Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion, sondern als die einzige Methode zur Produktion vollwertig entwickelter Menschen.“ (A. Marx.)

Wir haben immer gefunden, daß, wenn wir einer Entwicklung allgemeiner gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Einrichtungen dienen, oft auch dem Kampf der Arbeiterklasse dienlich ist. Nicht nur die Industrie braucht tüchtige, fähige Menschen zu ihrer Weiterentwicklung, sondern auch die Arbeiterbewegung.

„An vielen Punkten der Internationale wird die Erziehungs-

arbeit organisiert. Auch in Deutschland wurde vor kurzem ein Arbeiter-Eltern-Bund gegründet. Nicht Humanitätsspektakel ist diese Arbeit, sondern in die Tat umgesetzte Erkenntnis. Die Organisation führt das Kind im Gesellschaftsspiel, in der gemeinsamen Tätigkeit zu organisierter Gemeinschaft. In der Selbstregierung der Kinder findet diese Richtung ihren höchsten Ausdruck. Dadurch, daß die Kinder unter der Aufsicht eines Erwachsenen es übernehmen, die Angelegenheiten ihrer Gemeinschaft selbst zu regeln, übernehmen sie die Verantwortung für Bestände und Handlungen, die zunächst nur für sie von Bedeutung sind. Aus der Vielseitigkeit des Tätigkeitsgebietes ergibt sich die Möglichkeit, viele Anlagen und Fähigkeiten der Kinder zur Entwicklung zu bringen. Spiel, Gesang, Turnen, Schwimmen, Wandern, Mädchenvorlesungen, Jugendbibliotheken, literarische Veranstaltungen und besondere Spiele, die Sinnesübungen begreifen, können durch die Organisation gepflegt werden. Was der Einzelne seinen Kindern nicht bieten kann, ermöglicht die Gemeinschaft für alle.

Mit unseren auf das Allgemeine gerichteten Bestrebungen in der Jugendfürsorge für die Arbeiterkinder stehen wir bisher allein. Andere Kreise, die auf diesem Gebiete tätig waren, verfolgten Sonderinteressen, konfessionelle, Militaristische oder demütigende Wohlthätigkeitsbestrebungen. Zeitweilig scheint die Erkenntnis durchzubringen die Fische vor hundert Jahren ausgesprochen hat:

„Dasjenige Volk, das bis in die untersten Schichten hinein die tiefste und vielseitigste Bildung besitzt, wird zugleich das mächtigste und glückseligste sein unter den Völkern seiner Zeit, unbesiegt für seine Nachbarn.“

Vielfach läßt man sich jedoch nicht von dem Wunsche leiten, das glückseligste, sondern ein unbesiegbares Volk zu werden. Abgesehen von dem Streben begehrter Jugendfreunde, die durch die erworbene Kunst der Verhältnisse Wirkungsmöglichkeiten finden, führt nur der voraussetzliche Mangel an Arbeitskräften und Soldaten das Bürgerertum dazu, an die Jugend zu denken. Selbst preukische Militärs sind schon vor vielen Jahren durch ungenügende Befruchtungsergebnisse veranlaßt worden, für vermehrte Jugendzucht einzutreten. Auch die Beunruhigung der bürgerlichen Gesellschaft durch die Verwahrlosung der Jugend wird hier mit Verbrechen und ihre Folgen treffen immer die Gesellschaft, vor allem die bürgerliche. Das alles zeigt, wie wir die bürgerlichen

Bestrebungen in der Jugendfürsorge anzufassen haben. Sie sind nicht von einem sozialen Verantwortlichkeitsgefühl her zu verstehen, nicht von dem Bemühen, die Allgemeinheit zu fördern, sondern von dem Bestreben, dem Interesse der Individuen zu dienen. Sollten also Gemeinde und Staat Erziehungsarbeit zu leisten sich aufswängen, es ist die Pflicht der Arbeiterklasse, sich Einfluss darauf zu sichern, und durch ständige Mitarbeit in die eigenen Hände zu nehmen. Es wird ihre Aufgabe sein, Einrichtungen zu schaffen und auszubauen, die der Entwicklung auf diesem Gebiete Raster und Ziel bleiben können.

Wir wählen unter geschichtliches Denken verleugnen, wenn wir auch nur einen Tag lang glauben würden, daß auf diesem Gebiete ein friedliches Nebeneinanderarbeiten möglich sein würde. So lange es Klassengegensätze gibt, wird das Wort Maria Theresias wahr bleiben: „Die Schule ist ein Politikum“, und das gleiche, aber viel deutlicher Wort Anton Rengers: „Schule ist die wichtigste Politzeinstalt in den meisten europäischen Ländern ist die Volksschule. Sie ist von geschichtswegen nicht wissenschaftlich, sondern sittlich religiös; sie vermittelt also der aufstrebenden Generation nicht die Wahrheit über die natürlichen und geschichtlichen Dinge, sondern in ihr werden die herrschenden Machtverhältnisse verteidigt.“

Und niemand wird so naiv sein zu glauben, daß das, was die Schule gilt, auf anderen Gebieten der Erziehung anders wäre. Unsere Stellung zu dem neuen Stand der Dinge ist darum nicht die, wir werden wir aufhören können als Rabener aufzutreten und die Öffentlichkeit zur reslosen Erfüllung ihrer Pflicht gegen die Kinder aufzufordern, auch dann nicht, wenn dem Drängen der Zeit nachgebend, sie sich veranlaßt sehen sollte, einiges für die Kinder zu tun. Unser geschichtliches Denken verpflichtet uns dazu zu rechnen, daß die geordneten Grundsätze der öffentlichen Jugendpflege nur so lange vorhalten werden, als die heute herrschende an der Aufsicht vieler Kinder nicht nur ein volkswirtschaftliches, sondern auch ein rein kapitalistisches Interesse haben.

Was die Reichsregierung in den Jahresberichten kapitalistischer Entwicklung veräußert haben, was durch den Krieg an der Jugend verwüßt wurde, werden sie nicht in wenigen Jahren nachholen können, ganz besonders nicht, wenn sich der Anreiz, der sie heute zu einiger Tätigkeit treibt, wieder vermindert. Und die fehlende unterernährte, auffälliger Kinder, die immer noch in unzureichender Verhältnisse ausgefüttert sind, bleiben ein schmerzliche Anklage und Mahnung an die Reichsregierung. Unsere Aufgabe ist: lieber das, was getan wird, nicht zu vergessen, auch



min mehr früher niedrigerungen sein sollten. Ordnung sollte erst nach der Finanzlage bezogen werden.

Die Soldaten, denen es gelang, noch zur rechten Zeit nach Moskau zu fliehen, hatten fest, daß viele andere Deutsche in diese Menschenfalle getappt waren, wie ihnen auch beim Freikorps Weismann erklärt wurde, daß Graf Norbmann während dieses Schwindel betreibe. Wer einmal bei der russischen Weissen Armee angelangt ist und sich dem Kampf wieder entziehen will, wird als Fahnenflüchtiger mit der Todesstrafe bedroht, und tatsächlich sollen aus diesem Grund Deutsche erschossen worden sein.

Entgegen allen Scheinheiligen Versicherungen und Abkündigungsversuchen der Regierung und ihrer offiziellen und öffentlichen Trabanten, zeigen diese Fälle wieder einmal, daß die Werbungen der russischen Reaktion von den Deutschen Behörden noch immer nicht unterbunden werden.

## Die Geheimratswirtschaft.

Der Reinsfall des „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ jubelt darüber, daß vier der reaktionärsten Beamten aus dem Reichsernährungsamt von ihrem Posten entfernt worden seien. Er benutzt diesen Anlaß zu Angriffen gegen die Genossen Weismann, der alle alten Beamten auf ihrem Posten lassen hätte. Wir wollen gar keinen Wert darauf legen, daß Weismann ebenso wie die übrigen unabhängigen Volksbeauftragten von Anfang an bei dem Versuch, den Beamtenkörper zu reorganisieren, durch die Rechtssozialisten aufs härteste gehindert wurden. Für Weismann kommt noch hinzu, daß er nach dem Ausschreiben der unabhängigen Volksbeauftragten sein Amt nur auf Wunsch der Rechtssozialisten behalten hat, die sich nicht trauten, Robert Schmidt dieses schwierige und verantwortungsvolle Amt in der damaligen Zeit zu übertragen. Als kommissarischer Vertreter, der knapp drei Monate im Amt war, hätte er deshalb seine Pflichten, derart grundlegende Änderungen im Beamtenkörper des Reichsernährungsamtes vorzunehmen. Der „Vorwärts“ hat aber auch zu seinem Jubel recht wenig Verständnis, denn jetzt erst noch sollen sieben Monate Wirtschaftswirtschaft durch Robert Schmidt vier reaktionäre Beamte hinaus. Das geschieht aber beileibe nicht, weil er mit dieser alten Wirtschaftswirtschaft überhaupt anrühren will, sondern weil das Reichsernährungsamt als selbständiges Ministerium anerkannt ist und deshalb diese Beamten einfach überflüssig geworden sind.

Der „Vorwärts“ spricht ferner die Hoffnung aus, daß Robert Schmidt die Schulerziehung tatkräftig fortsetzt, insbesondere wünscht er, daß der Unterstaatssekretär Dr. Peters, der von dem gleichen Minister wie die glücklichen Verabschiedeten sei, ihnen folgen solle. Wir erlauben uns, den „Vorwärts“ darauf aufmerksam zu machen, daß dieser von ihm zum Teufel gewünschte Dr. Peters der bisher Stellvertreter Robert Schmidts als preußischer Staatskommissar für Volksernährung war, wie er selbst in der Sonntag-Ausgabe meldete von Schmidt als Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt beurlaubt worden ist — So sieht Robert Schmidts Aufträumen der Geheimratswirtschaft aus!

## Die Eisenbahner gegen die Unfordarkeit.

Breslau, 31. August.

Eine von vielen Tausenden heute im Zirkus Busch besuchte Versammlung der Eisenbahner hat eine Entschliessung angenommen, in der festgestellt wird, daß die maßgebenden Körperschaften die Forderungen der Eisenbahner wohl als berechtigt anerkennen und den festen Willen haben, den Eisenbahner zu helfen. Die Versammlung hält aber nach wie vor an ihren Forderungen fest und erwartet, daß die entsprechenden Körperschaften auch ihren Willen in die Tat umsetzen werden. Zur Kohlenversorgung für Hausbrand und Industrie steht die Versammlung auf dem Standpunkt, daß sie die Verantwortung nicht auf sich nehmen kann und will, die entsteht, wenn die Schuld des Zusammenbruchs auf die Eisenbahner fallen würde. Mit dem Bewußtsein, daß das Proletariat in erster Linie die größte Not zu tragen und erdulden hätte, hält es die Versammlung für ihre Pflicht, aus aller Kraft die Verhinderung von Lokomotiven und Wagen zu

verhindern bleibt und über ein aus der Not des Tages bedingtes Zusammenkommen nicht die Zurückhaltung und das Nichttrauen zu verlieren, die uns die im Kampf von Jahrzehnten schwer und teuer erworbene Einsicht in die Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklung aneignet hat. Wir müssen die Erziehung unserer Kinder selbst in die Hand nehmen und sie von allen Tendenzen, die sich gegen unsere Klasseninteressen richten, befreien.

In der Konferenz entschiedener Schultreformer, die am 4. und 5. Oktober im Herrnhäuser zu Berlin tagt, behandelt der Vorsitzende, Dr. M. O. Baer, das Thema „Pädagogische Reformen, Volksschulen und Volkshochschulen“. An diesen wie die anderen zahlreichen wichtigen Vorträge der Tagung schließt sich eine Erörterung, Anfragen, Mitteilungen usw. sind zu richten an Oberlehrer Dr. Reich Karzen, Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 56.

## Der Hochverräter.

Von Derymyria zur Mühle.

Die Uniform schlüpfte an seinem langen, hageren Körper; er schritt daher mit gebeugten Schultern, wie einer, der eine überaus schwere Bürde trägt, und seine Schritte schürften mühselig in den steinernen Stiefeln. Alle lachten ihn aus, verhöhnten seine langweiligen Sprüche, den stark jüdischen Akzent seines Russisch, die ungeschickten Bewegungen seiner vollkommen schönen Hände. Einmal anders ward so oft von den ungeduldrigen Offizieren ein „Dural“ an den Kopf geworfen, und die Bezeichnung blieb ihm; bald war sein wirklicher Name vergessen, er hieß im ganzen Regiment nur mehr „Dural“; Dummkopf.

Und dennoch war er beliebt; hätte sich einer krank oder zerrt an seinem Verwundeten, erschrockenen Seele, so ging er „Dural“, um sich trösten zu lassen; war einer hungrig, so konnte er gewiß sein, daß der „Dural“ seine spärliche Ration mit ihm teilen würde, und es ging das Gerücht, daß ein Mann leicht, in seiner freudigen Herbe, wenn der „Dural“ an seinem Bett saß und ihm die Hand hielt.

Die Offiziere hielten ihn für einen Halbjuden, doch kam er ihnen, wenn auch ungeschicklich, den Befehlen nach, und war von ihnen zuneigend gesellig. Nur einmal hatte es einen peinlichen Zwischenfall gegeben. Der Leutnant, ein gutmütiger, junger Mensch, hatte dem „Dural“ befohlen, im Lazarett Nachdienst zu leisten und hierin hatte sich eckelhaft auf seinen Nerven begeben.

betreiben, vorausgesetzt, daß die Eisenbahnverstaatlichung bewahrt werden sollte, den Bediensteten des Mitbestimmungsrechts einzuräumen, und tatsächlich bestrebt ist, alles daran zu setzen, um den guten Willen der Bediensteten zu unterstützen. Die Versammlung sprach sich ferner gegen jede Art von Unfordarkeit aus und betonte, daß sie das, was sie früher an Unfordarkeit leisten mußte, in Zukunft aus freier Ueberzeugung und aus Pflichtgefühl tun will zur Gesundung des ganzen Wirtschaftslebens. Diese Entschliessung soll der Preussischen Landesversammlung, der Rationalisierungs- und dem Eisenbahnministerium unterbreitet werden.

## Unterstützungsbedürftige Offiziere.

Zur gleichen Zeit, in der die sozialistische Regierung die Kriegsbeschädigten mit Witwenrenten abfindet, werden den Offizieren Gehälter und Pensionen gezahlt, von denen sie vor der Revolution nie geträumt haben. Und nicht genug damit, erhalten einzelne „unterstützungsbedürftige“ Herren außerdem noch Zuwendungen aus der Staatskasse, die die Jahresrenten mancher schwer Kriegsbeschädigter um das Doppelte übersteigen. So liegt uns ein Schreiben des Kriegsministeriums vor, nach dem einem Oberleutnant von Meyer im 5. Garde-Regiment ein Extrabehalt von 1000 Mark zugewilligt wird, ohne daß irgendein besonderer Grund dafür angeführt wird.

Für Offiziere ist also Geld vorhanden, Kriegsbeschädigte aber dürften kaum auf eine derartige Unterstützung rechnen können.

## Der Rückzug.

Der Volksgesetz der S. V. D. erläßt im „Vorwärts“ folgende Verichtigung:

„Vom Verband der Deutschen Bankbeamten erhalten wir heute die Mitteilung, daß Genosse Marx nicht doppeltes Gehalt in vollem Umfang bezogen hat. Er hat als Mitglied des Volksgesetzes (200 bis 200 Mark) sowie als Angestellter seiner Organisation sein Gehalt in getriggertem Umfang bezogen. Wir bedauern, im Fall des Genossen Marx, von teilweisen falschen Voraussetzungen geleitet, in unseren Behauptungen zu weit gegangen zu sein.“

Der Volksgesetz der S. V. D.-Arbeiterräte.

## Freier Handel mit Herbskoff.

Alle unsere Erfahrungen mit der Einführung des freien Handels, auch die Preissteigerungen haben das Reichsernährungsamt nicht veranlaßt, von dem weiteren Betreten dieser Bahn Abstand zu nehmen. Wie heute mitgeteilt wird, soll entgegen den bisher geübten Absichten auf jede Zwangsverfassung von Herbskoff verzichtet werden. Die Reichsstelle für Gemüße und Obst soll lediglich die Rammeladefabrik bei der Verschaffung von Obst unterstützen. Danach wird die Bevölkerung auf ein, sich darauf einzurichten, daß sie im Herbst Obst nur zu Preisen erwerben kann, die für die Masse der Bevölkerung unerschwinglich sind. So steht die „Verbesserung“ der Lebensmittelversorgung der Regierung in der Praxis aus.

## Gewerkschaftliches.

### An die kaufmännischen und technischen Angestellten!

Seit circa vier Wochen befinden sich Arbeiter und Angestellte des chemischen Großhandels im Streik zum Zwecke der Durchsetzung eines Tarifvertrages. Die Arbeitgeber haben dem Abschluß dieses Tarifvertrages dadurch den schärfsten Widerstand entgegengesetzt, daß sie einmal die Möglichkeit einer Verständigung über die Gehaltsfrage durch das Angebot außerordentlich minimaler Gehaltsätze hintertrieben und auf der anderen Seite in bezug auf das Mitbestimmungsrecht sich erst nach langwierigen Verhandlungen zu bescheidenen Konzessionen bereit erklärt haben. Eine Vereinbarung zum Zwecke der Beilegung des Streiks scheiterte an der Absicht der Arbeitgeber, sich der im Streik mißliebigen gewordenen Vertrauenspersonen der Arbeiter und Angestellten durch Maßregelung zu entledigen. Die Arbeitgeber im chemischen Großhandel stellen nach Ansicht der Streikenden den

Sturmruß der Arbeitgeberverbände dar, die sich bekanntlich kürzlich vereinigt haben zu dem Zwecke, die Forderungen der Arbeitnehmers niederzuhalten. Nach der eigenen Angabe des Syndikats des Deutschen Großhandels, Herrn Dr. Engel, sind die Arbeitgeber infolge der Meinung ihres „Spitzenverbandes“ nicht in der Lage, den Angestellten weiter entgegen-

zukommen. Es handelt sich also nicht nur um einen Kampf um die Interessen der Angestellten des chemischen Großhandels, sondern um die Abwehr eines Angriffes auf die gesamte Angestelltenchaft. Daraus müssen die Angestellten die Schlussfolgerung ziehen, daß es in ihrem Interesse liegt, diesen Kampf erfolgreich beendet zu sehen, und es ergeht an alle Angestellten die Aufforderung, diesen Kampf moralisch und materiel zu unterstützen, damit wir in der Lage sind, den Streikenden über die ihnen freiwillig zustehenden Unterstützungssätze hinaus Hilfe zu leisten und so ihre Kampfkraft erheblich zu stärken. Wir hoffen, daß dieser Aufforderung in ausreichendem Maße Genüge geschieht und damit der Kampf in absehbarer Zeit einem erfolgreichen Ende entgegengeführt wird.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Münzstr. 20, Postfachkonto Nr. 56 823.

Die Gehälter, die heute gezahlt werden, sind sehr schlecht. In einem der größten Betriebe sind Monatsgehälter für kaufmännische Angestellte von 100 bis 200 M. üblich. Angestellte, die über besondere Fachkenntnisse verfügen müssen, verdienen Gehälter von 250 bis 300 M. Bei den Arbeitern liegen die Gehälter durchaus ähnlich. Auch dort sind noch Wochenlöhne von 60 M. üblich; man wird daher zugeben müssen, daß unter den heutigen Verhältnissen eine Familie davon nicht zu unterhalten ist.

Das Bureau der Zentralstreikleitung befindet sich von jetzt ab im Adlon-Hotel-Kasino, Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße, Telefon: Alexander 434. Die Vertrauensleute bzw. Streikleiter der Unterstreikbureaus melden sofort an obige Adresse Lokal- und Telefonnummern der Unterstreikbureaus. Am Montag, abends 6 Uhr, versammeln sich die Vertrauensleute im Adlon-Hotel-Kasino zum Zwecke der Berichterstattung und Entgegennahme von Informationen.

## Tarifabschluss für das Möbeltransportgewerbe.

Durch wiederholte Verhandlungen ist für die Möbeltransportarbeiter, Fuder, Kutsher und Stalleute ein neuer Lohnvertrag geschlossen worden, welcher vom 1. August 1919 ab rückwirkend Geltung hat.

Der Lohn für Kutsher, Stalleute und angestellte Fuder in reinen Möbeltransportbetrieben beträgt 86 M. pro Woche. Für Kutsher in gemischten Betrieben beträgt der Lohn 90 M. pro Woche. Für nicht angestellte Fuder und Arbeiter beträgt der Lohn 17 M. pro Tag.

An Trinkgeldern werden gezahlt: Bei Umzügen für Auf- und Abfaden pro Wagenmeter 6 M. und für ohne Umladung 5 M. Bei Tragenumzügen pro Mann und Stunde 1.50 M. Trinkgeld gezahlt. Für Vorortumzüge von über 15 Kilometer ab werden für Auf- und Abfaden pro Wagenmeter 7.50 M. Trinkgeld gezahlt. Fuder erhalten für Packarbeiten bei der Rundfahrt pro Tag 12 M. bzw. 1.50 M. pro Stunde Trinkgeld. Andere Bestimmungen sehen Entschädigungen für die einzelnen Kategorien bei besonderen Arbeiten fest. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden innerhalb 10 1/2 Stunden. Beginn der Arbeitszeit 7 Uhr morgens, Beendigung 5 1/2 Uhr nachmittags. Innerhalb dieser Zeit betragen die Pausen insgesamt 2 1/2 Stunden. Falls in dringenden Fällen auf Anordnung der Geschäftsleitung in der Pausenzeit gearbeitet werden muß, so wird diese Tätigkeit als Ueberarbeit mit 2.50 M. pro Stunde bezahlt. Im Sommerurlaub wird gewährt: in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober unter Fortzahlung des Lohnes nach einer Beschäftigungsdauer von einem Jahr 4 Tage, nach jedem weiteren Jahr 1 Tag mehr bis zur Höchstzahl von 10 Tagen. Die Dauer des Vertrages ist bis zum 31. Oktober 1919 und verlängert sich jedesmal um weitere drei Monate, wenn er nicht 14 Tage vor Ablauf von einer Vertragspartei gekündigt wird.

Eine stark besuchte Versammlung der in der Herren- und Damenkonfektion beschäftigten Schneider und Schneiderinnen fand Sonntagabend im „Sankt“ Hotel statt. Genosse Fischer sprach eingehend über die derzeitigen Verhältnisse in der Branche. Die Abschaffung der Heimarbeit und Einrückung von Betriebswerkstätten ist immer noch die vorrangigste Aufgabe. Auch die Ferien- und Heilmonatsfrage wird noch eine erneute Behandlung erfahren müssen. Ueber kurz oder lang müssen neue Forderungen aufgestellt werden. Die Vorgänge in der Herrenkonfektion müssen aufmerksam verfolgt werden, da sich zwischen Heimarbeit und Konfektion kaum mehr eine Trennungslinie festlegen läßt. Die Distriktskonferenz drängte energisch auf Freiregelung des Tarifes, aber leider ist unter dem früheren Ortsbevollmächtigten und jetzigen Stadtrat Runge im Jahre 1917 ein Vertrag abgeschlossen, der bis 1. Jahr nach dem Friedensschluß läuft mit viermonatlicher Kündigung. Die Versammlung stellte sich einmütig auf den Standpunkt des reinen Arbeiterinteresses und hinter den Volksgesetz. Die erste Aufgabe der Betriebsräte muß es sein, den Heimarbeitern nicht mehr Arbeit als für die Betriebsarbeiter auszugeben.

„Hört mich, Brüder! Der Kampf, der unser Herz, ist ein Werk des Teufels, wir sind Mörder — ziehen aus mit dem Vorjah, zu morden. Menschen zu morden, Menschen wie wir! Und wir lästern Gott, indem wir ihn, den Geboten: „Du sollst nicht töten anleihen, er möge uns helfen, Menschen zu morden. Man läßt uns, die anderen seien Feinde, es gibt keine Feinde, gibt nur Menschen, Kinder Gottes, Brüder und Schwestern. Zieht am Morgen aus, Brüder; und wenn ihr die anderen erblickt, so werft die Waffen fort, kräft den andern die Hände entgegen und ruft: „Der Feinde sei mir Feind!“

Durch die verwirrte Menge hatten sich einige Soldaten, vom Leutnant geführt, den Weg gebahnt; von rückwärts ward der „Dural“ übermächtig und abgeführt. Bald ertönt durchdringende seine Stimme noch einmal den Mord: „Töte nicht! Liebet einander!“

Diesmal konnte seine Handlung nicht mit Geistesverwirrung entschuldigt werden. Ineisellos war der Mann verrückt, doch hatte er am Vorabend der Schlacht zum Neutern aufgefordert; da gab es kein Pardon.

Als man ihm mitteilte, daß er im Verlauf einer halben Stunde erschossen würde, lächelte er, wie einer, der Mitbekanntes vernimmt und sprach die seltsamen, unverständlichen Worte: „Es ist lange bis, zum dritten Tag, doch sehr ich in weiter Ferne kein Morgenlicht.“

Eine Weile darauf tief ein Soldat den Leutnant aus seinem Bett. „Herr, kommen Sie den Toten besuchen!“

„Beschalt, was gibts?“ Verwundert betrachtete der Leutnant das blasse verstörte Gesicht des Mannes.

„Es ist... ein Wunder... Ich wage es nicht zu sagen. Wir haben ihm die Stiefel ausgezogen, weil es darum schade ist...“

„Nun, und?“

„Kommen Sie selbst, Herr.“

Der Leutnant folgte dem Mann. Der „Dural“ lag auf dem Erbe mit ausgebreiteten Armen und bloßen Füßen. Eine Kugel hatte seine linke Seite getroffen und eine fließende Wunde geschlagen. Beim Lichte der Taschenlampe beugte sich der Leutnant über den Toten und wich entsetzt zurück. Hände und Füße wiesen blutige Wundmale auf, als ob sie mit etwas Spitzem durchbohrt worden wären.

An der Dunkelheit inhielten einige Soldaten und beteten.

Er warf einen Blick auf die lange Reihe schänder, stöhnender Gestalten, und fragte dann ganz leise den Arzt:

„Belieben Sie mir zu sagen, Nikolai Ivanowitsch, ob diese Leute gesund werden können?“

Der dicke Doktor lachte.

„Offensichtlich. Du mußt sie nur schön pflegen.“

„Und wenn sie wieder gesund sind, was geschieht dann mit ihnen?“

„Was geschieht? Nun, dann sind sie wieder zu gebrauchen.“

„Wozu?“

„Wozu! Na, zum Krieg, du Narr!“

„Ich pflege sie also gesund, damit sie töten, und selbst getötet werden?“

„Freilich — meinte der Arzt etwas verblüfft.“

Da rief der „Dural“ in aufflammendem Zorn den weißen Mittel ab und warf ihn dem Doktor vor die Füße.

„Ich heisse keine Mörder!“ schrie er mit greller, sich überschlagender Stimme. „Ich heisse keine Opfertiere für den falschen Saal!“ Und er stürzte hinaus.

Nach einiger Zeit sollte auch sein Regiment ins Feuer kommen. Für den nächsten Morgen war der große Angriff befohlen. Die Soldaten schlichen niedergeschlagen und verzagt umher, und in der allgemeinen Traurigkeit fiel die düstere Verregung des „Durals“ niemandem auf. Um 8 Uhr abends war ein feierlicher Gottesdienst angesetzt. Im dunkelnden Ernst trat der Pope aus dem Zell und stellte sich auf einen erhöhten Platz inmitten der Soldaten. Nach den Gebeten begann er zu reden. Er sprach von der Güte Gottes und von der Treue, die der Soldat seinem obersten Kriegsherrn schulde, vom Mut der Armer. „Ihr zieht jetzt aus, um die Feinde Gottes und der Menschheit zu vernichten!“ — sagte er solbungsoll. „Der Kampf, der unser Herz, ist ein gottgefälliges Werk und...“

Ein gelendes „Rein“ unterbrach ihn. Durch die reglos dahorende Menge drängte sich der „Dural“, eine Weispitze in der erhobenen Hand. Wie ein Wahnsinniger stürzte er sich auf den Pope, und wilde Geste schrien durch die Luft.

„Du läßt, Popel! Du lästest Gott! Aus einem Orte des Gebetes und der Heiligung machst du eine Mördergrube.“ Er hatte den Pope hinabgeschoben, stand nun an dessen Stelle, seine Stimme durchdrang das Dunkel.

„Ich habe geschwiegen, weil ich mich fürchtete, weil ich nicht wollte, daß mich bestrafen wegen ich schwache, jetzt aber muß ich



# Groß-Berlin.

## Gemeindevertreterkonferenz für Niederbarnim.

Vor den Gemeindevertretern des Kreises Niederbarnim sprach am Sonnabend Genosse Leib über das Verhältnis des Staates zu den Gemeinden. Auf dem Gebiete der inneren Verwaltung, so führte er aus, wo bisher die Schranken äußerst eng gezogen waren, bahnt sich ein Umsturz an. Zunächst sind zwar nur auf dem Kriegszustande heraus die Pflichten und Lasten der Gemeinde gewachsen, aber die Entwicklung gerade erfordert eine künftige bedeutende Erweiterung der Rechte in der Richtung auf die Selbstverwaltung. Insbesondere wird auch die Stellung des Landrats eine ganz andere sein als vorher, und das Bestätigungs- und Aufsichtrecht der Regierung muß auf das unumgänglich Notwendige beschränkt werden.

Auf dem Gebiete des Schulwesens dagegen sei von einem grundlegenden Wandel noch nichts zu bemerken. Hier hat die Gemeinde auf die Aufgestaltung keinerlei Einfluß, obgleich sie bezugnehmend auf ganz enorme Aufwendungen dafür zu machen. Das muß anders werden. Im Hinblick freilich auf die rückständigen Gegenden müsse man sich mit einem Aufsichtrecht des Staat über die Schulen abfinden, im übrigen aber ist hier größtmögliche Freiheit zu fordern.

Ein weiteres Kapitel stelle das Steuerwesen dar. Die Gemeinden sind hier fast ausschließlich auf die Zuschläge zu der staatlichen Einkommensteuer angewiesen. Es ist wenigstens gelungen, durchzusetzen, daß die unteren Stufen frei bleiben, die oberen gestaffelt werden können, leider nicht in ausreichendem Maße. Welche Richtung die Entwicklung künftig nehmen werde, davon geben uns die in Aussicht stehenden Reichsfinanzreform bei dem immensen Bedarf des Reiches für den Staat und die Gemeinden übrig bleiben werde, ist ganz ungewiß. Erfreulich und begrüßenswert sei die Vereinfachung und in Verbindung damit der Abbau der einzelstaatlichen Sonderrechte. Ein einheitliches Reich, eingeteilt in Verwaltungskreise, wird auch den Entlastungsmöglichkeiten der Gemeinden günstig sein. Dazu ist allerdings dringend nötig, daß den Gemeinden das Recht schleunigst verliehen wird, zu kommunalisieren. Das, was nach der Richtung jetzt erkennbar ist, ist jedoch ganz ungeeignet, den Gemeinden freie Bahn zu lassen. Es läuft vielmehr auf eine ganz ungeheure Schöpfung derselben hinaus.

Das kommende Groß-Berlin wird zu den bisherigen, gewaltigen Aufgaben noch die der Provinzialverwaltung mit übernehmen müssen. Dies wird in jeder Hinsicht für die Entwicklung von Vorteil sein.

Aus allen diesen Gesichtspunkten läßt sich heute nur andeutungsweise angeben, wie sich das Verhältnis von Staat und Gemeinde gestalten wird. Alles ist noch im Fluß. Aber gerade daraus erwächst für die sozialistischen Gemeindevertreter die Pflicht, mit aller Kraft an der freibleibenden Aufgestaltung dieses Verhältnisses zu arbeiten. Die Arbeit in der Gemeinde ist ein guter Aufschauungsunterricht, die Kräfte für eine sozialistische Verwaltung heranzuziehen.

An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Ausdrucksanrede an. Genosse Diege empfahl unter Zustimmung aller Teilnehmer, daß in allen Gemeinden ein Antrag eingebracht werde, daß auch die Lesungs- und sonstigen Aufgaben der Parteien der Besteuerung unterworfen werden genau so wie die in der Zeitung erhobten Einkommen anderer Erwerbstätigen, besonders der Arbeiter. Genosse Schindler erörterte die dringende Notwendigkeit der Umgestaltung der Lebensmittelsteuerungen. Genosse Fischendörfer forderte von den Lehrern, ihre Erziehungs-

arbeit sozialistisch zu orientieren. Und Genosse Koll gab wertvolle Anregung für die Aufgestaltung des Bildungswesens in kleineren Gemeinden. Zum Schluß wurden die Vertreter des Kreises zu den Groß-Berliner kommunalen Arbeitsausschüssen gewählt.

## Die städtischen Ruhegeldempfänger.

Der Magistrat Berlin hat die Kriegsberechtigten für die Beamten, Angestellten und Arbeiter im Ruhestand, sowie der Hinterbliebenen verdoppelt, wodurch erhebliche Mehrausgaben in Höhe von etwa 1000000 M. entstanden sind. Diese erhöhten Kriegsberechtigten werden rückwirkend vom 1. Januar d. J. ab gezahlt.

## Zum Spandauer Raubmord.

Unter dem Verdacht, den Arbeiter Edmund Lemm auf der Chaussee zwischen Spandau und Pausen erschossen und beraubt zu haben, wurde der 23jährige Arbeiter Stefan Kojalski aus Komotomsk in Polen festgenommen; mit ihm unter dem Verdacht der Mitwisserschaft sein Freund, der 23jährige Schuhmacher Peter Szwalek. Kojalski hatte eine Schußverletzung am rechten Schenkel, die er bei einer Schießerei in Polen bekommen haben wollte. Die Ermittlungen ergaben jedoch, daß er bei Rauben angeschossen worden war. Er übernahmte dort mit Szwalek zusammen wiederholt in Eisenbahnwagen und ging mit ihm auf Einbrüche aus. Bei einem solchen Einbruch wurde er von einem Sicherheitspolizisten ertappt und, als er auf Anruf nicht stehen blieb, in das Bein geschossen. Kojalski gesteht zwar die Mordtat, doch wurde in der Wohnung seiner Geliebten ein Regenmantel des erschossenen Lemm und im Strohsack Kojalskis versteckt die Uhrkette des Ermordeten, eine ganz eigenartige Rückmeldung, gefunden.

Beugen, die am 17. Juli den Vorgang zwischen dem Kohlenhändler Postel, Blumenstraße 65, und einem anderen Mann mit angesehen haben, vor allem die drei Männer, die Kohlen abholten, werden um Angabe ihrer Wesseln an Dojan, Blumenstraße 28 I, gebeten.

## Aus dem Gemeindeleben.

Spandau. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde zunächst in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrat, als zweiter Abgeordneter für den Wohnungverband der Stadt, Steinbrecher (S. P. D.) einstimmig gewählt. — Einleitend unserer Fraktion war eine Anfrage, betreffs Vorseorge des Magistrats bei der Verteilung der Kohle und des Brennmaterials, eingegangen, welche bezeichnend beantwortet wurde. — Eine weitere Vorlage schloß die Wahlen für die Erneuerung des Magistrats bis zum 31. Oktober hinaus. — Für Beinamputierte, Blinde und Blindenführer wurde freie Fahrt auf der Straßenbahn beantragt, dem wurde zugestimmt mit dem Zusatz unserer Fraktion, den Gehörlosen diese Vergünstigung ebenfalls zu teil werden zu lassen. Nach einigen belanglosen Vorlagen wurde diese Plenar-Sitzung schon nach dreiviertelstündiger Dauer geschlossen.

Brig. Nach den Neuwahlen zur Gemeindevertretung wurden im März auch die unbesoldeten Schöffen des hiesigen Gemeindeverbandes veranlaßt, ihre Posten niederzulegen; was auch erfolgte. Nach erfolgter Neuwahl gehörte dem Gemeindeverband dann außer dem Bürgermeister zwei besoldete bürgerliche und je zwei von den Regierungsparteien und Unabhängigen gestellte Schöffen an. War das Verhältnis der Bürgerlichen zu den beiden sozialdemokratischen Parteien im Gemeindeverbande bisher wie 3 zu 4, so drohte die Neuwahl der unbesoldeten Schöffen ein noch schlechteres Verhältnis zu bringen. Unser im Gemeindeverband gestellter Antrag, daß auch die besoldeten Schöffen ihre Ämter niederzulegen hätten wobei die betreffenden Herren dann natürlich weiter als Angehörige der Gemeinde verbleiben würden, fand Bedenken bei den in Frage kommenden, da sie glaubten, bei der eventl. Ein-

gewählung dann Meckler zu fahren. Da die Regierungslisten nicht den Mut fanden, unseren Antrag zu unterstützen, so wohl sie sich vor wenigen Tagen noch bereit erklärten, mit der Stellung besoldeter Schöffen aus den Reihen der sozialdemokratischen Parteien einverstanden zu sein, wir aber schließlich die Anstellung besoldeter Schöffen aus prinzipiellen Bedenken aufgaben, beteiligten sich unsere Vertreter nicht an der Wahl, die in Wirklichkeit nicht dazu dient, den Gemeindeverband dem Verhältnis der Gemeindevertretung entsprechend zu beschaffen. Unsere Vertreter gaben folgende Erklärung ab: Der Erfolg der Regierung, der eine Neuwahl der Schöffen unbesoldeter Gemeindeverbands-Mitglieder anordnet, will bezwecken, daß auch die Gemeindeverbände eine Zusammensetzung erfahren, welche das parteipolitische Verhältnis der Gemeindevertretung wiedergibt. Der Gemeindeverband, die sich zu 78,2 Prozent aus Vertretern beider sozialdemokratischen und zu 21,8 Prozent aus Vertretern der bürgerlichen Parteien zusammensetzt, steht gegenwärtig ein Gemeindevorstand gegenüber, der zu 57,1 Prozent sozialdemokratische und 42,9 Prozent bürgerliche Vertreter aufweist. Die Neuwahl würde also ein Drittel des Gegenteil von dem erreichen, das erreicht werden soll. Ein derartig gewählter und zusammengesetzter Gemeindevorstand ist aber in Spiegelbild der Zusammensetzung der Gemeindevertretung, sondern eine Karikatur derselben. Wie auch in anderen Fällen war sich bei Einbringung und Beschließung der letzten Verordnung die Regierung gar nicht der erheblichen Nachteile bewußt. Wir, die Vertreter der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, die wir die von den anderen Parteien oft betonte Demokratie nicht als der Weisheit höchsten Grad betrachten, lehnen es ab, uns an einer solchen Wahl zu beteiligen, die in Wirklichkeit das Gegenteil des vom Gesetzgeber Erzielten hervorruft und dadurch zur Nominale Unheiliger Art wird.

Das Resultat der Wahl war, daß also der neue Gemeindevorstand aus 4 bürgerlichen und 3 sozialdemokratischen Vertretern zusammengesetzt ist, obwohl der Gemeindeverband 16 sozialdemokratische und nur 5 bürgerliche Vertreter umschließt. Es versteht sich, daß die Regierungsparteien in der gewählten und willigen Art Zusammensetzung bei dieser Wahl teilnahmen.

## Aus den Organisationen.

Bildungsausschuß Neubahn. Der heutige Rufus des Genossen Crispian läßt nicht in der Kula Boddinstraße, sondern pünktlich 6 1/2 Uhr im Zoolog-Park, Reichelstraße 8, statt.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Bielepp, Neubahn, Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. S. m. b. H. Berlin. — Druck und Verlagsbucherei und Verlagsanstalt m. b. H. Schillbauerdamm 12.

## Ssaschka Schegulow

Revolutionsroman von L. Andrejew

erschient in der

### Illustrierten Wochenschrift

# Die freie Welt

20 Pfennig.

Bei jedem Zeitungshändler erhältlich!

Der Anfang des Romans wird nachgeliefert!

**Bezirksverband der Handlungsgehilfen**  
Ortsgruppe Groß-Berlin, Wilmstraße 20.

**Bezirksverband der Bureauangestellten Deutschlands**  
Ortsgruppe Groß-Berlin, Steinhilber Straße 36.

**Verbandsfunktionäre der Metall- u. Elektroindustrie**  
Dienstag, den 2. September 1919

**Funktionär-Versammlung**  
der Metall- und Elektro-Industrie.

**Deutscher Portier-Verband.**  
Dienstag, den 2. September, abends 7 Uhr,  
im Spiegelhaus (Centralstraße), Alte Jakobstr. 32.

**Außerordentliche General-Versammlung.**

**General-Versammlung.**

**Ein Freudentag ist der Waschtag**

Liebers' Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale.

**Redakteur**

erschient am 1. Oktober.

### Die Gas-Sperrstunden

existieren für Sie nicht — wenn Sie unsere vorzüglich bewährten **Zinnor-Karbidlampen** benutzen! Bitte besuchen Sie uns oder verlangen Sie Preisliste gratis und franko! — Einzelverkauf zu Fabrikpreisen von 3,50 bis 25,00 M.

**Franz Kowitz, Metallw.,**  
Berlin SO 26, Waldemarstr. 27.  
Fernruf: Moritzplatz 4678, 4676.  
Kein Laden. — Kein Ladenmiete. — Direkter Fabrikverkauf.

**ParteiSekretär gesucht.**

Die U. S. P. L. Kreis Industriegebiet Stuttgart, sucht zum sofortigen Eintritt einen Parteisekretär. Derselbe muß in Bezug auf Agitation und Organisation eine erste Kraft darstellen und vor allem rednerisch hervorragend begabt sein und schon längere Zeit Mitglied unserer Partei sein.

Bewerbungen sind mit einem Aufsatz über die Aufgaben eines Parteisekretärs unter Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens 10. September an den Vorsitzenden K. Schneck, Stuttgart, Wilhelmplatz 11, Parteibüro, einzureichen.

**Die Parteilaltung.**  
L. A.: K. Schneck.

**Am Freitag, den 29. August** entscheidet unser lieber Kollege, der Uhrmacher **Herrmann Nottrodt.**

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 2. September, 4 Uhr, von der Halde der Aufstehungs-Gemeinde Weißensee aus statt.

**Verkaufe**

**Dezimalwagen** von M. 85 an

**Gewichte etc.**

**G. Wagner,**  
Köpenicker Str. 71 (KalaLaden)

**Küchen, moderne, mit** und ohne Anrichte, roh, gestrichelt, lackiert, enorm preiswert. Kleinstauswahl. **Küchenmöbel-Fabrik Hünemeyer, Lothringers** Straße 22 (Schönhäuser Tor)

**Einrichtungen, Schlafzimmer, hellliche, ausbaum, 1980, Wohnzimmern, 1940, Küchen, Ankleideschränke, Umbauarbeiten, Salze, Zahlungserleichterung, Petersburger** Straße 41. Versand nach auswärts.

**Chaiselongsues 90,00, Metallbetten, Doppelbetten, Ankleideschränke, Küchen, Melchs, Autostuhl, 324, Orgel.**

**Chaiselongsue, Chaiselongsue-Decke, 75, Polsterer, Pappel-Allee 12**

**Teppiche, Gardinen, billig, Gelegenheitskaufhaus Schönhorn, Ackerstraße 109-170 am Rosenhäger Platz.**

**Nachlässen, Stühle, Oskrone, Kleiderschrank, weiß Bureau, Strampel, Spiegel, Bilder, Bettstellen 20 M. verkauft Treack, Ritterstr. 39.**

**Bechsteinflügel, Konzertflügel 290, kleiner schwarzer Bechsteinflügel 195, verkauft Ernst, Oranienstraße 146, III.**

**Salonharmonium 1250, Konzertharmonium mit Aeoloharle 1900, Kleineres 650, gebräuchliches, billigst verkaufen Berger & Co., Oranienstr. 166. Privatverkauf II. Etage.**

**Zigarren, Zigarotten, Tabak, KauTabak, echt Schweizer Stumpfen** verkauft preiswert **Zigarrenhaus Erich Leiser, Große Frankfurter Straße 192 am Straßberger Platz.**

**Wohnungs-Einrichtung, echt Nußbaum, 2 Zimmer, Küche, preiswert, veräußert, abends 6 Uhr, Schauer** Hornstraße 14.

**Entlassungs-Uster, Mittelgr., 10 Euhock, 1 Jackett, schwarz, Mittelgr., Kadlfahrose, Knabenkray, 13 Jahre, billigst Becker, Lignitzer** Straße 16 part.

**Kaufgesuche**

**Kupfer**

**Messing, Kupfer, Silber, Platin**

**Platin Silber**

**Platinankauf**

**Kupfer**

**Silber, Gold, Münzen**

**Platinabfälle, Zahngebisse**

**Platin, Zahngebisse**

**Metallschmelze**

**Metallschmelze**

**Metallschmelze**

**Metallschmelze**

**Metallschmelze**

**Metallschmelze**

**Wahrheit**

**Metall**

**Werkzeuge und Maschinen**

**Rechts-Aus**

**Kriegsanleihe**

**Optiker**

**Zimmer oder Küche**

**J. B. Götze**

**Arbeitsmarkt**

**Botenfrauen**

**Tiermarkt**

**Spezial-Arzt**

**Spezial-Arzt**